

Schnelles Breitband in Rheinland-Pfalz?

**Bei Studien und Versprechungen Platz 1 –
bei schnellem Internet im Westen die Letzten**

Fakten zum Breitbandausbau

Nach 2003 (Gutachten „Medienstandort Rheinland-Pfalz“), 2004 (Gutachten „Regionen und Branchen im Wandel“), 2007 („Breitbandgutachten“), gibt es nun 2016 die Machbarkeitsstudie zur Versorgung des Landes mit 300 Mbit.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung wurde seit Jahren angekündigt: Koalitionsversprechen für Ende 2011 und dann für Ende 2012, dann für Ende 2013 und für 2014. Bis heute gibt es keine flächendeckende Grundversorgung mit 2 Mbit in Rheinland-Pfalz.

Im Dezember 2014 kündigte die Ministerpräsidentin dann eine neue Initiative zur Versorgung des Landes mit flächendeckend schnellem Internet von 50 Mbit bis 2018 an. Der damals zugesagte Masterplan wurde erst mehr als ein Jahr später vorgelegt.

Sie selbst hat das vergangene Jahr tatenlos verstreichen lassen und verspielt die digitale Zukunft des Landes und der nachfolgenden Generation.

Die 5 Mio. Euro, die durch die Forderungen der CDU in 2014 und 2015 im Haushalt eingestellt waren, wurden nur zu 62.000 Euro verausgabt. Aktivität der Landesregierung gegen null.

Bei der Erschließung des Landes mit schnellem Internet hat bisher die Landesregierung keinen Euro investiert.

Bei Straßenbaumaßnahmen des Landes wurden in der Zeit zwischen 2009 und 2014 im gesamten Land lediglich 20 km Leerrohre verlegt.

Der Bund hat ein zukunftsweisendes 1,2 Mrd. schweres Förderprogramm aufgelegt und bedarfsgerechte Förderrichtlinien veröffentlicht. Ende vergangenen Jahres hat endlich auch die Landesregierung Förderrichtlinien beschlossen. Der Bund fördert den Breitbandausbau besonders im ländlichen Bereich. Dies gilt auch bei kleineren Erschließungseinheiten ab 100.000 Euro Fördersumme. Doch die Förderrichtlinien des Landes behindern den Fortschritt. Sie sehen unrealistische 200 qkm Grundfläche pro Fördereinheit als Mindestgröße vor.

Da wo der Bund auch die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft in Gewerbegebieten mit schnellem Internet sicherstellen will, behindert die Landesregierung dies exakt mit diesen Landesvorschriften.

Da wo der Bund finanzschwache Kommunen durch höhere Förderung unterstützt, zieht sich das Land aus der Verantwortung, reduziert die eigene Förderung und verlangt den 10%igen Eigenanteil der Kommunen.

Von zusätzlichen Landesmitteln für den Breitbandausbau die die Ministerpräsidentin versprochen hat, auch keine Spur: Die 10 Mio., die pro Jahr ab 2015 zugesagt wurden, sucht man in den Landeshaushalten 2015 und 2016 vergebens. Die Halbwertzeit der Versprechungen dieser Landesregierung zu schnellem Internet wird immer kürzer.

Ergebnis dieser Politik: Rheinland-Pfalz liegt heute nach Studien des TÜV Rheinland bei schnellem Internet an letzter Stelle aller westdeutschen Bundesländer. Der Stillstand bei der Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz führte dazu, dass im Onliner-Atlas das Land bei der Breitbandnutzung von Platz 4 auf Platz 6 zurück gefallen ist.